

Niederschrift

zur gemeinsame Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 18.02.2014	18:00-19:58 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner, Stephan Wende,

Fraktionsmitglieder

Monika Fiedler,

Fraktion DIE LINKE.

Martin Gollmer, Fred-Hagen Grünewald, Helga Juraschek für Jürgen Grasnick, Maria Meinl, Käthe Radom, Gerold Sachse,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke, Jens Hoffrichter, Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann,

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter, Helga Bluschke, Klaus Hemmerling, Jürgen Luban, Klaus Runge,

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol bis 19.30 Uhr, Eberhard Henkel, Lothar Hoffrichter, Petra Schumann,

Sachkundige BürgerInnen

Matthias Bogdan, Gabriele Henschke, Hans-Joachim Lachmann, Jürgen Lüder, Beatrix Ring,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse, Carsten Fettke, Hans-Ulrich Hengst, Andreas Politz, Jürgen Roch, Elke Stein, Christfried Tschepe,

Gäste

Frau Neitsch und Frau Daske vom Behindertenbeirat, Frau Kerle vom Integrationsbeirat, Herr Dr. Seidel vom Ing.-Büro, Herr Schwiete von der MOZ, 15 Gäste aus der Bürgerschaft.

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnick,

FDP-Fraktion

Lutz König,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt, Franz Finka, Jens Finka, Lothar Kranz.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Um 18.00 Uhr begrüßt der **Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses** die Anwesenden zu der zweiten gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die Ladung ist form- und fristgerecht erfolgt. Der Stadtentwicklungsausschuss und der Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen sind jeweils durch 11 stimmberechtigte Mitglieder vertreten.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die gemeinsame Tagesordnung wird in vorliegender Fassung bestätigt.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Informationen des Vorsitzenden

Die **Vorsitzenden** der Fachausschüsse haben keine Informationen.

TOP 5 Antrag der Fraktion DIE LINKE „Ideenwettbewerb Pintsch-Industriegelände starten“

Die Stadtverordneten wurden in der letzten Stadtverordnetenversammlung informiert, dass das Landesamt für Denkmalschutz die Unterschutzstellung des gesamten Pintsch-Industriegeländes angeordnet hat. Daher möchte die Fraktion DIE LINKE die Verwaltung beauftragen, einen offenen Ideenwettbewerb zur Nutzung und Gestaltung des Industriegeländes durchzuführen.

Fr. Alter möchte zunächst die Eigentumsverhältnisse der vorhandenen Gebäude und Flächen geklärt haben, worauf der **Bürgermeister** anmerkt, dass das gesamte Gewerbegebiet als Pintsch-Gelände bezeichnet wird. Es sollte zunächst abgegrenzt werden, welche Flächen unter Denkmalschutz gestellt worden sind.

Auf Anfrage des **Hr. Jens Hoffrichter** erklärt **Hr. Wende**, dass mit dem Antrag ein Verfahren initiiert wird, dass noch keine Kosten verursacht, und erinnert an das analoge Verfahren mit dem Bananenkeller/ Paradeplatz.

Hr. Tschepe informiert, dass die Stadt bis auf das kleine Kita-Grundstück kein Eigentum an den Flächen hat, hier handelt es sich zum überwiegenden Teil um Privateigentum und ein geringer Teil ist dem Landkreis zugeordnet. Eine Umsetzung des Antrages setzt die Einbindung der Privateigentümer voraus. Daher sollte zunächst das Interesse an einem Wettbewerb hinterfragt werden.

Der **Vorsitzende** bittet um das Votum des Stadtentwicklungsausschusses:

Zustimmung Ja 7 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Die **Vorsitzende** des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen bittet um das Votum:

Zustimmung Ja 6 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

Beide Fachausschüsse empfehlen somit der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag positiv zu bewerten.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Ergebnisse der Grundlagenermittlung zum Hortneubau am Standort Heuweg

Im Stadtentwicklungsausschuss am 21.01.2014 hat die Verwaltung informiert, für welches Planungsbüro sie sich nach dem Auswahlverfahren entschieden hat. Das Ingenieurbüro Seidel aus Neuenhagen bei Berlin hatte nun den Auftrag, innerhalb eines Monats die Grundlagen für den Hortneubau am Standort der Kita „Wirbelwind“ zu erarbeiten. **Hr. Tschepe** begrüßt **Hr. Dr. Seidel** und bittet, die Ergebnisse vorzutragen.

Anhand einer Präsentation (aktuelle Version wurde am 20.02.2014 per E-Mail zur Verfügung gestellt) erläutert Hr. Dr. Seidel zunächst die Lage, Grundriss und Ansichten des Vorhabens in 2 Varianten, ehe er auf die 3 möglichen Bauweisen: 1. Modulbauweise, 2. Fertigteilbauweise und 3. klassische Massivbauweise eingeht. Anschließend stellt er die geschätzten Kosten gegenüber und geht auf den Zeitplan bei Einzelvergabe, Vergabe an Generalunternehmer und Generalübernehmer ein.

Im Anschluss erläutert **Hr. Fettke** die Vor- und Nachteile der 3 Bauweisen.

Hr. Lothar Hoffrichter ist der Meinung, dass heute keine Abstimmung zum Bauvorhaben zu erwarten ist. Er schlägt zunächst den Austausch in den Fraktionen vor.

Der **Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses** richtet die Frage zum Verfahren an **Hr. Tschepe**, der über eine Tendenz des politischen Raums erfreut wäre. Ziel ist es, am 06.03.2014 in der Stadtverordnetenversammlung zu einer abschließenden Entscheidung zu kommen. Er bietet den Stadtverordneten den kommenden Stadtentwicklungsausschuss für weitere Diskussionen an.

Der **Abg. Hilke** merkt an, dass der zuständige Fachbereich über ausreichenden Sachverstand verfügt und somit in der Lage ist die Bauüberwachung selbst durchzuführen. Er ist der Meinung, dass die Kostenschätzung, 2.300 € pro m², zu hoch angesetzt ist und nicht den Kosten für einen üblichen Zweckbau dieser Art entspricht.

Hr. Luban befürwortet die klassische Bauweise und die Planung- und Bauüberwachung durch ein Ingenieurbüro im Rahmen der Einzelvergabe.

Auf Anfrage von **Hr. Jens Hoffrichter** teilt **Hr. Dr. Seidel** mit, dass alle 3 Bauweisen erweiterbar bzw. anbaufähig sind.

Um den Aspekt des Raumklimas zu fördern, favorisiert die **Abg. Radom** die klassische Bauweise.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen erinnert daran, dass zum Schuljahresbeginn 2014/2015 90 Hortplätze benötigt werden und Übergangslösungen nur zur Überbrückung geschaffen werden. Bei der objektiven Betrachtung des Zeitplanes kommt eine Massivbauweise daher nicht in Betracht.

Ergänzend zur Meinung der Abg. Radom berichtet sie über ihre positiven Erfahrungen mit einem

Fertigteilhaus (Niedrigenergiehaus).

Hr. Buzziol hinterfragt die Lärmentwicklung bei den Faltwänden, worauf **Hr. Dr. Seidel** bisher positives Feedback aus der Praxis erfahren hat.

Zum thematisierten Zeitverzug warnt **Hr. Lothar Hoffrichter** davor, deshalb Entscheidungen zu überstürzen.

Hr. Politz stimmt dem Gesagten zu und erklärt, dass die Modulbauweise nur in Betracht gezogen wurde, um die Fertigstellung zum Einsetzen des Bedarfs zu erzielen. Der gewünschte Zeitplan kann in keiner der vorgestellten Varianten eingehalten werden. Richtig ist, dass bei der Modulbauweise die Übergangszeit kürzer wäre. Es muss eine kompromissbedürftige Übergangsvariante gefunden werden.

Abschließend macht er darauf aufmerksam, egal für welche Bauweise die Entscheidung fällt, gewisse Standards, wie z. B. der Aspekt Raumklima, sind einzuhalten.

Nachdem die **Stadtverordneten Alter, Radom und Sachse** ihre persönlichen Meinungen zu den Bauweisen geäußert haben, bittet der **Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses** nun auch um eine Tendenz zu den vorgestellten 2 Grundrissvarianten.

Darauf schlägt **Hr. Jens Hoffrichter** vor, hier die erzieherischen Konzepte zu hinterfragen und die pädagogischen Kräfte entscheiden zu lassen. **Fr. Alter** schließt sich dem Gesagten an.

Auf Anfrage von **Hr. Wende** teilt **Hr. Politz** mit, dass die Verwaltung mit der Einrichtungsleitung diesbezüglich im Gespräch ist, jedoch noch kein offizieller Austausch mit den Erziehern und Eltern stattgefunden hat. Ein öffentliches Angebot wurde nicht angenommen.

Zur Dachgestaltung fragt **Hr. Sachse** an, ob eine Dachbegrünung oder die Anbringung von Solarpaneelen möglich ist, worauf **Hr. Dr. Seidel** eine Begrünung wegen der schweren Last ablehnt. Solarmodule seien dagegen beim schrägen Dach möglich.

Abschließend erklärt **Hr. Hengst**, dass die hier gezeigten Pläne der Verwaltungsführung gestern erstmalig vorgestellt wurden. Um weitere Planungsaufträge zu erteilen, benötigt die Verwaltung Tendenzen aus dem politischen Raum. Eine Gesprächsrunde mit dem pädagogischen Personal und der Elternschaft wird zeitnah anberaunt, Hinweise werden selbstverständlich aufgenommen.

Der **Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses** bittet die Stadtverordneten, dem Wunsch der Verwaltung nachzukommen und darüber abzustimmen, welche Bauweise tendenziell bevorzugt wird.

Fr. Alter hinterfragt, wann der Gesprächstermin mit den Erziehern und Eltern angeboten wurde, worauf **Hr. Politz** mitteilt, dass dies im Rahmen der Regionalkonferenz „Jugendbeteiligung“ erfolgt ist. Daraufhin wiederholt der **Bürgermeister** die Festlegung, dass ein kurzfristiger Termin vereinbart wird.

Abschließend bittet **Hr. Wende** um das Votum zur Bauweise:

Monolithische („klassische“) Bauweise

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Fertigteilbauweise

Zustimmung Ja 1 Nein 21 Enthaltung 0 Befangen 0

Modulbauweise

Zustimmung Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Weitere Abstimmungen (Vergabe) werden zunächst vom politischen Raum abgelehnt.

Die **Abg. Fiedler** bittet die Verwaltung, die Ergebnisse aus dem Gespräch mit den Eltern und Erziehern zeitnah zu verkünden.

Abschließend wünscht **Hr. Hilke**, sitzungsrelevantes Material vor den Ausschusssitzungen zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren bittet er, die vorliegende Kostenschätzung für das Bauvorhaben zu präzisieren.

TOP 6.2 Sachstandsbericht zu aktuellen Hochbauprojekten

Der **Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement** erläutert anhand von Präsentationen die Hochbauprojekte Gerhard-Goßmann-Grundschule, Sonnengrundschule und Jugendgästehaus. (Die Präsentationen wurden im Nachgang der Sitzung am 20.02.2014 per E-Mail an alle Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner versandt.)

Gerhard-Goßmann-Grundschule

Die Schule hat erhöhten Raumbedarf. Aus diesem Grund hat man dem Mieter der Hausmeisterwohnung gekündigt, um diese zum Lehrerzimmer umzubauen und so das derzeitige Lehrerzimmer künftig für den Unterricht zu nutzen.

Die Umbaukosten betragen ca. 90 Tsd. € und sind im Haushaltsentwurf 2014 enthalten. Die Baugenehmigung wird Ende März 2014 erwartet. In Abstimmung mit der Schulleitung und den Lehrern soll im Mai mit den Umbauarbeiten begonnen werden. Die Fertigstellung des Lehrerzimmers ist zum Schuljahresbeginn 2014/2015 geplant.

Auf Anfrage der **Abg. Alter** zum Ausbau der Kellerräume teilt **Hr. Politz** mit, dass diese vom Umbau ausgeschlossen sind. Einer ständigen Nutzung steht schon allein die Arbeitsstättenverordnung entgegen. Der Aufwand wäre zu hoch.

Sonnengrundschule

Die Rückbauarbeiten beim Mehrzweckgebäude (Haus 2) sind bereits erfolgt. Im Haus 1 sind Restleistungen wie Malerarbeiten in den Treppenhäusern und Fluren fertig zu stellen.

Anhand des Grundrisses erklärt **Hr. Fettke** die Lage der Räumlichkeiten im Mehrzweckgebäude. Der große Speise- und Veranstaltungsraum wird dann auch der Öffentlichkeit zur Nutzung (Abendveranstaltungen) angeboten.

Die Baugenehmigung liegt vor. Geplant ist, Mitte Juni 2014 mit der Gestaltung der Außenanlagen zu beginnen. Die Rohbauarbeiten befinden sich derzeit in der Ausschreibung. Das gesamte Projekt soll im September 2014 fertig gestellt sein.

Im Anschluss erinnert **Hr. Wende** an die offene Frage mit Verweis auf die TO der Sondersitzung am 17.12.2013, warum das Projekt, das in seiner Gesamtheit beschlossen wurde, nachfinanziert werden musste.

Der **Abg. Hilke** ergänzt, dass auch die Frage offen ist, ob daraufhin weitere Fördermittel akquiriert werden konnten, worauf **Hr. Tschepe** mitteilt, dass das Land ein Viertel des Gesamtbetrages (216 Tsd. €) als förderfähig eingeschätzt hat, d. h. ca. 50 Tsd. €.

Auf Nachfrage von **Fr. Alter** zu den AG-Räumen und der Nutzung des großen Speise- und Veranstaltungsraums erklärt **Hr. Politz**, dass nach Fertigstellung des Hauses 2 die AG-Räume gemeinsam von Schule und Hort genutzt werden können. Der große Speise- und Veranstaltungsraum soll nach Schulschluss auch zur Nutzung für die Öffentlichkeit (Vereine, Initiativen, evt. auch Privatpersonen) angeboten werden.

Eine weitere Frage zum Haus 2 von der **Abg. Fiedler** betrifft die Nutzung der beiden Hort- und Unterrichtsräume. **Hr. Politz** erklärt, dass die Schul- und Hortleitung bereits die individuelle Nutzung nach Bedarf abgestimmt haben.

Abschließend bittet der **Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses** die Verwaltung, die Kostenentwicklung des Projektes in der nächsten Ausschusssitzung am 04.03.2014 aufzuzeigen.

Jugendgästehaus

Ziel des Projektes ist die Fachkräftesicherung durch Ausbau der bildungsbezogenen Infrastruktur. Der Landkreis überträgt die Aufgabe, Vorhaltung eines Wohnheimes für Auszubildende, auf die Stadt Fürstenwalde/Spree. Im zentral gelegenen Haus können insgesamt 127 Jugendliche beherbergt werden. Davon werden 110 Plätze durch den LOS belegt und 17 Plätze durch die Stadt bewirtschaftet.

Hr. Fettke erläutert zunächst den Bautenstand (derzeit Trockenbauphase) und die noch nicht vergebenen Leistungen (Ausschreibungsphase), ehe er auf die barrierefreie Innengestaltung bzw. –ausstattung eingeht. Abschließend informiert er über die geplante Gestaltung des Außenbereichs. Das Gesamtprojekt soll im Juli 2014 fertig gestellt sein.

Der **Abg. Hilke** fragt an, ob abschließbare Kühlschränke vorgesehen sind, worauf **Hr. Fettke** auf die Schlüsselproblematik hinweist. Ergänzend informiert **Hr. Dr. Fehse**, dass auf jeden Fall Kühlschränke mit einzelnen Fächern angeschafft werden. Alles Weitere wird die Praxis zeigen.

In diesem Zusammenhang fragt **Hr. Wende** bezüglich Personals an, worauf **Hr. Dr. Fehse** mitteilt, dass Mitarbeiter des Landkreises in den Personalbestand der Verwaltung aufgenommen werden.

Auf Anfrage von **Hr. Grünwald** zu den Internetanschlüssen informiert **Hr. Fettke**, dass diese in jedem Zimmer für jeden Bewohner vorhanden sind.

Abschließend möchte **Hr. Petenati** wissen, ob der Kostenrahmen von 4,88 Mio. € gehalten werden kann, worauf der **kommisсарische Fachbereichsleiter** mitteilt, dass die Kosten um ca. 350 Tsd. € steigen werden. Dieser Mehraufwand wurde vom Land als notwendig eingeschätzt und ist somit voll förderfähig, d. h. 75%ige Förderung aus EFRE-Mitteln.

Es werden ca. 100 Tsd. € Eigenanteil erforderlich. **Hr. Dr. Fehse** ist mit dem LOS in Verhandlung, ob dieser den Eigenanteil in Form eines direkten Zuschusses oder über die laufenden Kosten in Form von Abschreibungen übernimmt.

TOP 7 Informationen der Verwaltung

In der Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 17.12.2013 wurde zum Alten Rathaus informiert, dass sich Schwierigkeiten beim Einbau des Fahrstuhls ergeben haben. Daraufhin musste die Statik des Glases erprobt werden. Aktuell teilt **Hr. Tschepe** mit, dass nach einem sogenannten Pendelschlagversuch nun die statischen Voraussetzungen vorliegen. Die Glasbestellung wurde in Auftrag gegeben.

Auf Anfrage von **Hr. Hemmerling** teilt **Hr. Fettke** mit, dass der Fachbereich Stadtentwicklung bemüht ist, den Abnahmeterrnin des Fahrstuhls vom 12.05.2014 auf den 09.05.2014 vorzuziehen, jedoch derzeit dazu keine Zusagen gemacht werden können.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Es liegen keine Anfragen vor.

Da auf Anfrage von **Hr. Wende** weder die Vertreter der Verwaltung noch die Stadtverordneten Sach-

verhalte für den nicht öffentlichen Teil haben, entfällt der nicht öffentliche Teil der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der **Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses** dankt für die Aufmerksamkeit und die konstruktive Mitarbeit und schließt um 19.58 Uhr die gemeinsame Sitzung.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.

Stephan Wende

Elke Wagner

Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses

Vorsitzende des Ausschusses für Kultur,
Soziales und Gleichstellungsfragen

Elke Stein

Schriftführerin